

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis im Monat einschließlich Bringerlohn 1.75 M., bei Selbst-
abholung 1.65 M. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 5.25 M., für
1 Monat 1.75 M. (Bestellgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.). —
Postcheckkonto Nr. 55 477. Postcheckkonto Nr. 53 477.

Redaktion:
Leipzig, Tauchaer Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Fernsprecher: 13698.

Inserate kosten die 7spaltige Zeile oder deren Raum 50 Pfg., bei
Platzvorschrift 55 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. Auf alle Inserate
20% Leerungszuschlag. — Der Preis für das Bellegen von Prospekten ist
bei der Gesamtauflage 6.— M., jedes Tausend, bei Zeltaufgabe 7.50 M. —
Schluss der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 19/21, Fernsprecher: 4596 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

Die erste amtliche Antwort.

Die erste amtliche Antwort auf die Entente- forderungen.

Verailles, 9. Mai. Der erste Delegierte der deutschen
Friedensdelegation, Reichsminister des Auswärtigen Graf Brock-
dorff-Ransau, hat heute abend folgende Noten an den Präsi-
denten der Friedenskonferenz, Herrn Clemenceau, gerichtet:

Verailles, den 9. Mai 1919. Herr Präsident! Die deutsche
Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der überreichten Forderungs-
bedingungen vollendet. Sie hat erkennen müssen, daß in entschei-
denden Punkten die vereinbarte Basis des Reichs-
friedens verlassen ist. Sie war nicht darauf vorbereitet,
daß die ausbrüchlich dem deutschen Volke und der ganzen Menschheit
gegebene Auflage auf diese Weise illusorisch gemacht wird. Der Ver-
tragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich
sind. Vieles ist außerdem noch Ansicht unserer Sachverständigen
unerkennbar. Die deutsche Friedensdelegation wird den Nach-
weis im einzelnen erbringen und den alliierten und assoziierten Re-
gierungen ihre Bemerkungen und ihr Material fortlaufend zugehen
lassen.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner aus-
gesprochenen Hochachtung. Gez. Brockdorff-Ransau.

Verailles, den 9. Mai 1919. Herr Präsident! Die
deutsche Friedensdelegation beehrt sich, zu der Frage des Völker-
bundes Stellung zu nehmen, indem sie anbei ein deutsches
Vorschlagsprogramm überreicht, das diese Meinung nach zum Abschluß
des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält. Die deutsche
Friedensdelegation beehrt sich, sich noch eingehend zum Entwurf
der alliierten und assoziierten Regierungen zu äußern, sie möchte je-
doch schon heute auf den Widerspruch aufmerksam, der darin liegt,
daß Deutschland zwar das Statut des Völkerbundes als einen Be-
standteil des uns überreichten Vertragsentwurfs unterzeichnen soll,
sich aber nicht unter den Statuten befindet, die zum Eintritt in den
Völkerbund eingelenkt sind. Die deutsche Delegation stellt die Fra-
ge, ob und gegebenenfalls unter welchen Umständen eine solche
Einkerbung beabsichtigt ist.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner aus-
gesprochenen Hochachtung. Gez. Brockdorff-Ransau.

Amerika: Das in der zweiten Note erwähnte Programm
ist der Meinung in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines
Völkerbundesvertrags.

Die Alliierten zu Verhandlungen bereit.

Eine Kavasspeltche vom Mittwochabend meldet: Die Alliierten
rechnen nicht mit einer Nichtannahme des Vertrages durch Deutsch-
land. Sie sind bereit, Deutschlands Einwendungen
entgegenzunehmen und die Streitigen Fragen nochmals
eingehend zu besprechen. Die Absicht von den Alliierten
zu fassenden Entschlüsse werden endgültig und bindend sein.

Der Pariser Korrespondent der Neuen Zürcher Zeitung drahtet,
gegen Ende des Monats würden die Deutschen sich über die An-
nahme des definitiven Vertrages in Form eines Ultimatum
zu entscheiden haben.

Paris, 9. Mai. Kavass meldet: In den Kreisen der Kon-
ferenz glaubt man allgemein, daß die deutschen Vertreter
Vorschläge überreichten werden. Wahrscheinlich werden die
Alliierten den zuständigen Kommissionen die Aufgabe anvertrauen,
die Vorschläge finanzieller und wirtschaftlicher Natur zu prüfen.
Die Prüfung wird mindestens 8 Tage erfordern. Hierauf
werden die Alliierten den Deutschen die Bedingungen bekanntgeben,
welche gegebenenfalls am Vertragsentwurf angebracht werden. Hier-
auf wird den Deutschen eine ziemlich kurze Frist, wahrscheinlich
4 bis 5 Tage, zugestanden werden; die endgültige Zustim-
mung zum Gesamtvertragsentwurf zu geben. Man muß also damit
rechnen, daß 25 bis 30 Tage bis zur Unterzeichnung des Friedens-
vertrages. Die Verhandlungen mit den alliierten Bevollmächtig-
ten werden Mitte Mai beginnen. Die Präliminarienbedingungen
mit Österreich, Ungarn, der Türkei und Bulgarien werden in
gesonderten Beiträgen enthalten sein.

Der Populaire über die Bedingungen.

Ein Fehes Papier.

Verailles, 9. Mai. Die sozialistische Abendzeitung Populaire
überschreibt ihren Kommentar zum Entwurf des Friedensvertrages:
Friede der Unterdrückung und Ungerechtigkeit. Die Zeitung spricht
sich in starken Ausdrücken gegen die Forderungen aus und sagt u. a.: Ist das ein Friede der Versöhnung? Nein!
Sogar die Art, in der die Bedingungen geführt werden, machen
dies undenkbar. Es handelt sich um einen aufgesetzten Frieden,
der Vorbehalte und Einwendungen der Gegner nicht anerkennt.
Was man auch gesagt haben mag: wir sind in kein neues Zeitalter
getreten. Die eisernen Fesseln dauern fort. Der Haß der deutschen
Menschen ist ein schwerer Fehler und bedeutet Scheitern. Könige
Wilson den Text von gestern und die Lehre, die er vertritt, damit
vergleichen. Seine Lehre ist in allen Punkten vernichtet worden.
Populaire charakterisiert das Dokument sodann mit den Worten:
„Nacht geht vor Nacht“ und vergleicht den Völkerbundesentwurf mit
der heiligen Allianz. Wenn die Völker Zentraluropas zunächst da-
von ausgeschlossen werden, so sei es ein Grenzziel, außerhalb des
Völkerbundes zu sein, das heißt außerhalb des Verbündeten, des Be-
herrscher, der organisierten Ungerechtigkeit. Der Populaire bezeichnet
die heilige Allianz als einen Diebstahl und die Verordnung
über das Saargebiet als einen verdeckten Diebstahl.
Deutschland werde nie imstande sein, die ihm auferlegten Schulden

zu bezahlen. Wenn das aller Kraft beraubte und vernichtete Deutsch-
land schließlich noch unter die Lieberwahrung der Entente gestellt
werde, so sei das eine schauerliche Ironie. Der Artikel
schließt: Die siegreichen Mächte erdrücken die besiegten Völker unter
der Last des neuen Friedens von Vrest-Bittow. Dieser ver-
brecherische Friede ist wie der andre nichts anderes
als ein Fehes Papier. Die Völker werden ihn nicht durch ihre
Billigung bestätigen, sondern an die Souveränität der
Internationalen appellieren.

Protest der französischen sozialistischen Presse.

Berlin, 9. Mai. Das Berliner Tageblatt meldet aus Ver-
sailles, daß die sozialistischen Blätter heftig gegen diesen
Frieden protestieren, den die Humanität einen Frieden der Gewalt,
des geistigen Imperialismus und der Ungerechtigkeit nennt. Das
französische Proletariat verweigere seine Unterschrift unter diesen
Vertrag. In wenigen Tagen wird es sich gegen dieses Dokument im
Ratsrat zu wenden, das eine Verhöhnung des Völkerrechts und der
Moral ist. Wenn der Vertrag vor die Kammer kommt, wird kein so-
zialistischer Deputierter dieses diplomatische Scheitern gutheißen dür-
fen, das die Geschichte als eine verbrecherische Verleugung
und als ein Attentat gegen Moral und Völkerrecht
verzeichnen wird. Die Humanität ist dann Analphabeten, die sich
auf das Saargebiet und die deutschen Kolonien beziehen. Wo-
zu? Krieg und Anarchie haben diesen Teil begehrt und müssen
die Mittel über das Saargebiet die schlimmste Gewalttat des Ver-
trages. Die sozialistische Bewegung der Deutschen des Saargebietes
auf, mit Herabsetzung der Gewalt und Korruption Widerstand zu leisten,
die jetzt gegen sie vorwärts werden. Sie sollen sich ihren nationalen
Sinn erhalten, und die französischen Sozialisten werden für sie ein-
treten, wie sie für alle Unterdrückten eingetreten sind. Ebenso schämen
sie die Begehung der deutschen Kolonien. Das vorkriegliche und arbeits-
lose Deutschland brauche Kolonien wie jedes andre große Volk.
Wilson habe den größten Fehler begangen, als er zustimmte, daß die Ko-
lonien zum Vorteil der Sieger gerandt werden.

Generalkrieg in Paris.

Genf, 9. Mai. Der Honorer Progrès meldet aus Paris:
Das Streikkomitee des allgemeinen Arbeiterbundes wurde wegen
Vorbereitung eines Generalkriegs in Frankreich als
Kundgebung gegen den Friedensvertrag der Verbündeten in Paris
gegründet. Der Populaire meldet, daß am kommenden Montag
in der Pariser Großbetriebe der allgemeine Gene-
ralkrieg beginnen soll.

Ein Protest der englischen Arbeiterpartei.

London, 9. Mai. — Reuters. — Ein Manifest der Ar-
beiterpartei erklärt, daß Teile des Friedensvertrags den
Wilson'schen Kundgebungen widersprechen. U. a. wird Verhöhnung
der Bedürfnisse des deutschen Volkes bei Einleitung der Ein-
schätzungen, allgemeine Einschränkung der Kriegserklärungen, Volks-
abstimmung in Elsaß-Lothringen, Palästina und andern Gebieten
an der deutschen Grenze gefordert.

Daily Herald gegen den Gewaltfrieden.

Das Arbeiterblatt Daily Herald weist die Bedingungen ab.
Es schreibt: Der Waffenstillstand ist auf bestimmte Versprechen und
Berpflichtungen hin abgeschlossen worden. Keines der Versprechen
ist gehalten worden. Dadurch haben die Sieger sich entschuldigt, und was
ein Sieg ohne Ehre! Wilson ist geschlagen. Er begann mit der
Verkündung hoher Ideale. Er zwang andre Mächte, diese Ideale
öffentlich anzunehmen, aber im geheimen ist er geschlagen worden.
Er hat in den Hauptpunkten einen Vergleich geschlossen. Wir hatten
unter Vertrag in Wilson gesetzt, wir hatten an ihn geschworen. Wir
wollten nicht, welche Gründe er gehabt hat, um von offenen Verträgen,
die öffentlich geschlossen wurden, abzugehen und an ihre Stelle die
dunkle Heimlichkeit in Paris zu bevorzugen. Was wir wissen, ist, daß
von dem Augenblick an, wo er den ersten seiner 14 Punkte stellen ließ,
er alles preisgab. In vielen Orten, wo noch seinen Grundrissen eine
Volksabstimmung hätte stattfinden müssen, wird keine Volksabstim-
mung zugelassen oder sie wird hinausgeschoben. In Deutschland wird
den Alliierten heimlich in allen andern Ländern läßt man ihn
vor bestehen. Das alte Geze mit den strategischen Grenzen und
militärischen Voraussetzungen beginnt wieder. Die stärksten und reichsten
Mächte kommen aus dem Kriege härter und reicher als je, die kleinen
Nationen werden unterdrückt oder ignoriert.

Protest der dänischen Regierung.

Kopenhagen, 9. Mai. Die dänische Regierungs-
presse veröffentlicht anlässlich der Entscheidung der Friedenskon-
ferenz einen anscheinend inspirierten Artikel, in dem es heißt: Die
Entscheidung der Friedenskonferenz; bezüglich der Abstimmung
in Schleswig hat hier größtes Erstaunen hervor-
gerufen. Die Bestimmung, daß auch in der sogenannten
dritten Zone, also in rein deutschen Gebiet, gemeindefreie eine
Abstimmung abgehalten werden soll, steht in direktem
Gegensatz zum hier eingenommenen Standpunkt des
dänischen Reichstages, der dänischen Regierung und des
norddänischen Wählervereins. Der Beschluß der Friedenskon-
ferenz muß auf unerträgliche Einflüsse seitens dani-
scher Chauvinisten zurückzuführen werden. Er ist eine
direkte Fälschung des Selbstbestimmungsrechtes
der Völker und ein Bruch der Wilson'schen Idee. Es kann er-
wartet werden, daß die Regierung und der Reichstag Dänemarks so
nachdrücklich wie möglich hiergegen protestieren werden.

Die neue Landkarte.

eg. Einige Zahlen zuvor: Als das zaristische Rußland in den
Krieg eintrat, umfaßte es auf europäischem Boden rund 3 1/2 Mi-
llionen Quadratkilometer mit 145 Millionen Einwohnern. Noch vor
der Revolution wurde davon durch die deutsch-österreichische Be-
freiungskommission Polen abgetrennt, das in dem Umfang, den es als
russische Provinz hatte, 114 000 Quadratkilometer mit 12 1/2 Mi-
llionen Einwohnern hatte. Später löste sich Finnland vom russi-
schen Reich los, mit 374 000 Quadratkilometern und 3 1/2 Millionen
Einwohnern. Durch den vom deutschen Imperialismus diktierten
Gewaltfrieden von Vrest-Bittow verlor Rußland in Europa weitere
über 500 000 Quadratkilometer mit 25 bis 30 Millionen Einwohnern.

Das Deutsche Reich hatte vor Kriegsausbruch einen Flächen-
inhalt von 541 000 Quadratkilometer mit 68 Millionen Einwohnern.
Der deutsche Reichsraum vergrößerte sich in Rußland ein Ge-
biet fast so groß, wenn Polen und Finnland hinzugerechnet werden,
fast doppelt so groß als das Deutsche Reich, mit 25 bzw. 40 Mi-
llionen Einwohnern, unter denen noch nicht einmal 1 Million
Deutschsprachige sich befanden.

Unter den Feindländern, die die gemäßigten deutschen An-
sprüche nach einem deutschen Friedensfrieden im Westen auszu-
stellen mußten, stand an erster Stelle die Einverleibung Belgiens
mit 30 000 Quadratkilometern und 7 1/2 Millionen Einwohnern,
dazu Luxemburg, Frankreich-Lothringen und Stücke von Nord-
frankreich, im ganzen zwischen 5000 und 10 000 Quadratkilometer
und über 1/2 Million Einwohnern. Also zusammen 35 000 bis
40 000 Quadratkilometer und 8 Millionen Einwohner. Alles nur
„Sicherungen“ auf europäischem Boden, die „Befreiungen der von
der Entente geknechteten Völker“ in den Kolonien ungerchnet.

Die Friedensbedingungen der Entente trennen von dem ehe-
maligen Deutschen Reich eine Reihe von Grenzgebieten ab. Genauere
Angaben lassen sich noch nicht machen. Schätzungsweise handelt es
sich insgesamt um ein Gebiet von 75 000 Quadratkilometer mit 6
bis 7 Millionen Einwohnern. Davon sollen an Frankreich Elsaß-
Lothringen mit 14 500 Quadratkilometern und — vorläufig wenig-
stens — das Saargebiet mit etwa 2000 Quadratkilometern fallen,
mit im ganzen 2 1/2 Millionen Einwohnern. Im Osten werden
Oberschlesien und Posen fast ganz, Westpreußen überwiegend und
Teile von Ostpreußen abgetrennt — nicht ganz 60 000 Quadratkilo-
meter mit etwa 4 Millionen Einwohnern — und dem neuen Polen-
reich zugebilligt.

Deutschlands Flächeninhalt würde durch die Annahme der Frie-
densbedingungen auf ungefähr 465 000 Quadratkilometer, seine Ein-
wohnerzahl — unter Inbegriff der Zahlen von 1914 — auf
etwas über 60 Millionen verringert werden. Die Flächengröße
Frankreichs würde auf rund 552 000 Quadratkilometer, seine Ein-
wohnerzahl auf 42 Millionen steigen. Der Umfang des Polen-
reiches steht noch nicht fest.

Abgesehen vom Westen würde Deutschland nur verhältnismäßig
wenig dicht besetzte Gebiete verlieren. Im Westen befinden sich
darin zwei Großstädte, Straßburg mit nicht ganz 200 000 und Wis-
sau mit wenig über 100 000 Einwohnern; im Osten sind Groß-
städte nur Danzig mit 300 000 Einwohnern, das dem Namen nach
eine freie Stadt werden soll, und Posen mit 180 000 Einwohnern.
Die Volksdichte im Gesamtdeutschland, d. h. diejenige Einwohner-
menge, die durchschnittlich auf 1 Quadratkilometer lebte, betrug vor
Kriegsausbruch rund 120, sie wird nach dem Frieden auf über 120
steigen; die Volksdichte in Frankreich wird sich durch die Annexionen
im Westen nur um ein Geringes, von 73 auf 75 heben. Das be-
deutet, daß es hauptsächlich agrarische, dünn besetzte Gebiete
sind, die Deutschland verloren gehen werden, und daß die eigene
Lebensmittelproduktion für die relativ dichter gewordene Bevölke-
rung noch weniger ausreichen, daß sie noch mehr auf Anfuhr von
außerhalb angewiesen sein wird als vor dem Kriege.

Ueber die Wilson'sche Forderung auf Selbstbestimmungsrecht
der Völker hat sich die Entente fast durchweg tatsächlich hinweg-
gesetzt. Ihre Verhandlungsintentionen lassen nationale Gesichtspunkte
wägen vernichten. Das Saargebiet ist deutsch; in Lothringen und
Unterelsaß würden manche Gemeinden für Deutschland optieren. Im
Osten hat man anscheinend sämtlich Gebiete, in denen überhaupt
ein polnisch sprechender Bevölkerungsbruchteil zu finden ist, ganz
gleich, ob er die Mehrheit ausmacht, ob er die Lötrennung von
Deutschland wünscht oder nicht, einfach zu Polen geschlagen, völlig
deutsche Enklaven natürlich eingeschlossen.

In Westen bringen die Friedensbedingungen ihre sonderlichen
Ueberraschungen. Auf den Verlust von Elsaß-Lothringen waren wir
gefacht, auf die zeitweilige Annexion des Saargebietes vorbereitet.